

Neue Regelung für die Rente: Jetzt bekommen Millionen Deutsche ein Geld-Problem

Neue Regelung für die Rente: Jetzt bekommen Millionen Deutsche ein Geld-Problem



Ab 2026 steht für viele Arbeitnehmer eine spürbare Verschlechterung bei der Rente bevor. Grund dafür ist die neue Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung, die die Berechnung der Rentenpunkte deutlich verändert. Künftig muss ein deutlich höheres Jahreseinkommen erzielt werden, um einen Rentenpunkt zu erhalten.

Das bedeutet: Für die gleiche Arbeitsleistung bekommen Beschäftigte künftig weniger Rente. Experten warnen vor den finanziellen Folgen und sprechen von einem echten Rentenschock. Viele werden sich daher früher oder später mit Alternativen wie der Aktivrente beschäftigen müssen.

Änderungen stehen an: Was bedeutet das alles für die Rente?

Wie das Beratungsportal *rentenbescheid24* schreibt, macht diese Veränderung den Rentenpunkt im Jahr 2026 so teuer wie noch nie zuvor. Dazu heißt es: "Ab dem 1. Januar 2026 muss man 51.944 Euro im Jahr, also 4.328 Euro brutto im Monat, verdienen, nur um einen einzigen Entgeltpunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung zu bekommen".

Schaut man auf vergangene Daten, dann lag der Wert im Jahr 2024 noch bei 47.085 Euro. In nur zwei Jahren bedeutet das einen Anstieg von 10,32 Prozent. Die Experten des Portals schreiben dazu: "Das ist kein kleines Detail, das ist ein echter Rentenschock: Denn die wenigsten Arbeitnehmer können in zwei Jahren mehr als 10 Prozent Lohnsteigerung aushandeln." Und: Der Rentenwert selbst stieg im Juli 2025 nur um 3,74 Prozent.

Millionen Arbeitnehmer bekommen damit in Zukunft weniger Rente für die gleiche Arbeit.

Welche Daten entscheiden bei der Berechnung über die zukünftige Rente?

Die vorliegenden Zahlen zeigen dem Ministerium zufolge, dass "die den Sozialversicherungsrechengrößen 2026 zugrunde liegende Lohnentwicklung im Jahr 2024 (Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ohne Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Entschädigung für Mehraufwendungen) bundesweit 5,16 Prozent beträgt.

Aufgrund der guten Lohnentwicklung im Jahr 2024 steigen demnach alle Rechengrößen vergleichsweise stark. Die entscheidenden Rechengrößen:

- Bezugsgröße in der Sozialversicherung
- Jahresarbeitsentgeltgrenze nach § 6 Absatz 6 SGB V (Versicherungspflichtgrenze) in der Kranken- und Pflegeversicherung
- Jahresarbeitsentgeltgrenze nach § 6 Absatz 7 SGB V (Beitragsbemessungsgrenze) in der Kranken- und Pflegeversicherung
- Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung

- Beitragsbemessungsgrenze in der knappschaftlichen Rentenversicherung
- vorläufiges Durchschnittsentgelt 2026 in der Rentenversicherung
- (endgültiges) Durchschnittsentgelt 2024 in der Rentenversicherung

Das Rechenbeispiel zur Rentenpunkt-Entwicklung

Das Portal *rentenbescheid24* liefert zu den Rentenpunkt-Entwicklung ein passendes Rechenbeispiel (aktueller Wert eines Rentenpunktes ist 40,79 Euro):

- 2025: 45.000 Euro Jahresbrutto = 0,8912 Rentenpunkte → $0,8912 \times 40,79 \text{ Euro} = 36,35 \text{ Euro Monatsrente}$
- 2026: 45.000 Euro Jahresbrutto = 0,8663 Rentenpunkte → $0,8663 \times 40,79 \text{ Euro} = 35,34 \text{ Euro Monatsrente}$

Zwar liege der Verlust pro Monat bei gleichem Gehalt den Angaben zufolge nur bei 1,01 Euro, auf das Jahr und auf ein ganzes Arbeitsleben gesehen können das "mehrere hundert Euro weniger Rente pro Monat sein.

Zwingt eine niedrige Rente die Menschen in die Aktivrente?

Die Entwicklung bei den Rentenpunkten und die erhöhte Wahrscheinlichkeit für den Großteil der Arbeitnehmer eine deutlich niedrigere Rente zu bekommen als erhofft, lässt sicherlich viele frühzeitig über die Aktivrente nachdenken.

Inzwischen hat Bundeskanzler Friedrich Merz dazu erklärt, dass man sich in der Koalition darauf verständigt hat, diese Maßnahme ab Januar 2026 umzusetzen.

[Allerdings wird eine Gruppe dabei bewusst von der Aktivrente ausgeschlossen](#) – mit ganz eindeutigen Reaktionen: "Ein Schlag ins Gesicht".

Kanzler Merz hätte gerne einen neuen Pflichtbeitrag für die Rente

Neben den Veränderungen mit den Entgeldpunkten könnten noch weitere finanzielle Einschnitte auf die Menschen in Deutschland zukommen – zumindest, wenn es nach Bundeskanzler Friedrich Merz geht.

Der Kanzler machte zuletzt sehr deutlich, dass er [ein großer Befürworter eines "Pflichtbeitrags"](#) in eine kapitalgedeckte, private Altersvorsorge" sei. In seinen Augen brauche es mehr Eigenverantwortung.

Beim Sozialverband VdK sieht man solche Aussagen kritisch. VdK-Präsidentin Verena Bentele widerspricht gegenüber *inFranken.de*, wenn es darum geht, dass Eigenverantwortung leicht umzusetzen sei. Bentele: "Eine solche Forderung ignoriert die Lebenswirklichkeit zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, die nach Begleichung ihrer Ausgaben kein Geld mehr für private Vorsorge übrighaben."